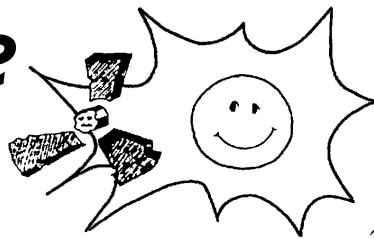


# Atomkraftfreie Zukunft



P.b.b.

3/2015 Oktober

## Diese Krot wollen wir nicht schlucken!

In Belgien sollen die Atomkraftwerke zehn Jahre länger laufen dürfen – was für ein gutes Geschäft für die Betreiber, die Anlage ist abgeschrieben, eine Goldgrube! Schönheitsfehler: Einige der alten Anlagen haben Risse im Reaktor-Druckbehälter, also dort, wo Radioaktivität zurückgehalten werden soll. Kein Wunder, die Wände sind nach jahrzehntelanger Laufzeit versprödet und müssten erneuert werden, so wie viele andere Bauteile. Ist aber nicht machbar. Und noch etwas: Eines dieser AKWs steht direkt neben Ölraffinerien und dem zweitgrößten Chemie-Komplex der Welt. Wer traut sich auszumalen, was passiert, wenn die Situation im AKW außer Kontrolle gerät wie unlängst in Fukushima!?

### Diese Krot wollen wir nicht schlucken!

Weitestgehend unbemerkt hat das EU-Parlament im Juli die viel zu hohen Grenzwerte bestätigt, die für radioaktiv verstrahlte Lebensmittel gelten sollen. Es geht um die beiden Isotope Cäsium 137 und radioaktives Jod: 2000 Becquerel/kg für Jod, 1250 Becquerel/kg für Cs137. 31 Experten haben befunden, dass diese hohen Werte der Bevölkerung zumutbar sind. Wer sind diese Leute? Jetzt wird's ernst: Man weiß es nicht. Ihre Namen werden nicht bekanntgegeben. Sie müssen für ihre Expertise nicht geradestehen. Es sieht so aus, als sollte hauptsächlich das laufende Geschäft geschützt werden, nicht die Menschen. So geht das nicht!

### Diese Krot wollen wir nicht schlucken!

In unserer Nachbarschaft, in Tschechien, billigte im Juni die Regierung den neuen „Nationalen Aktionsplan für die Entwicklung der Atomenergie-Industrie“, der vorsieht, dass der Hauptanteil des Stromes aus Atomkraftwerken kommen soll. Dafür möchte man an den Standorten Temelín und Dukovany je ein neues Atomkraftwerk bauen (wir berichteten). Und damit will man, wie man hört, unverzüglich beginnen.

An einem geplanten Standort für ein neues Atomkraftwerk, in Dukovany, wurde eine



Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei

undichte Stelle in einer Wasserrohr-Leitung entdeckt und daraufhin der Atomreaktor Nr. IV heruntergefahren. Angeblich liegt die undichte Stelle im nicht-radioaktiven Kreislauf, also keine Gefahr für irgendwen, keine Sorge.

Am 26. Juni ereignete sich im Atomkraftwerk Temelín ein Störfall. Genaues weiß man nicht, aber plötzlich war Radioaktivität in einem Bereich, wo sie nicht sein sollte, nämlich auf dem Dach des Atomkraftwerkes. Man arbeitet an der Dekontaminierung (Beseitigung der radioaktiven Verseuchung). Der niederösterreichische Umwelt-Landesrat Stephan Pernkopf sagte kürzlich: „Für Österreich wäre ein Super-GAU im nahe gelegenen Temelín das Ende.“ So ist es.

Die niederösterreichische Stadt Gmünd ist dem Atomkraftwerk Temelín sehr nahe. Die Gmünder Bürger sind alles andere als beruhigt. Sie fragen sich, was wohl mit ihrer Stadt sein wird, wenn dort in Temelín ein Atomreaktor havariert? Die Gmünder sind sich jedenfalls sicher:

### Diese Krot wollen wir nicht schlucken!

**Herr Umweltminister Ruppacher, Herr Außenminister Kurz, Frau Gesundheitsministerin Oberhauser: Handeln ist gefragt! Sorgen Sie dafür, dass Österreich ALLE zur Verfügung stehenden Mittel nutzt, um die atomare Bedrohung in Europa zu beenden!**

# Österreich: Klage gegen Entscheidung der EU-Kommission in Sachen britisches AKW Hinkley Point!

**Beihilfen und Finanzspritzen sind dazu da, neue und förderungswürdige Technologien zu unterstützen, für Entwicklungen, die im Interesse aller EU-Staaten liegen. Dies trifft aber keinesfalls auf Atomkraft zu, so lautet eine Stellungnahme unseres Bundeskanzlers Faymann zur Klage.**

Die Vorgeschichte: Als Finanzhilfe für den Bau des geplanten Atomreaktors Hinkley Point C genehmigte die EU-Kommission im Oktober des Vorjahres eine garantierte Einspeisevergütung von mehr als 92 britischen Pfund (129,87 Euro) pro Megawattstunde plus Inflationsanpassung über eine Laufzeit von 35 Jahren durch die britischen Steuerzahler. Nach Angaben der Kläger ist dies das Dreifache des Marktpreises für Atomstrom. Der festgesetzte Abnahmepreis wird unabhängig vom Marktpreis garantiert. Das bedeutet für die Betreiber, dass ihnen das Betriebsrisiko abgenommen wird. Nach EU-Beihilferecht dürfen zwar staatliche Betriebe gefördert werden, das Produkt (hier: der Atomstrom) unterliegt aber den Marktregeln. **Am 6. Juli reichte Österreich wie angekündigt eine Klage beim Europäischen Gerichtshof gegen die Genehmi-**

**gung einer staatlichen Beihilfe ein.** Außerdem beanstandet die Republik, dass es keinerlei Ausschreibung gegeben hat. Dies ist angesichts der Höhe der gewährten Geldmittel besonders irritierend.

Dass ein Mitgliedsstaat einen Beschluss der Europäischen Kommission bekämpft, in dem einem anderen EU-Land Beihilfen zugesprochen werden, ist selten und sorgte bei der britischen Regierung für größere Verstimmung.

Mitte Juli schlossen sich nun ein Bündnis von Stromanbietern und Stadtwerken der Klage Österreichs an, denn die Fördermittel im Umfang von bis zu 100 Milliarden Euro stellen eine klare Wettbewerbsverzerrung vor allem für Strom aus Erneuerbaren Energien dar, so die Argumente der Oekostrom AG Österreich und neun weiterer Ökostromanbieter und Stadtwerke aus Deutschland.

**Die Wiener Plattform Atomkraftfrei lobt den Einsatz der österreichischen Regierung und weist auf die Wichtigkeit der Klage hin, da diese Genehmigung von Subventionen ein Präzedenzfall sei und eine Welle von AKW-Neubauten auslösen könnte.**

## Die Wiener Plattform Atomkraftfrei bei Frau Gesundheitsministerin Dr. Oberhauser

Es war ein kurzer, aber sehr wichtiger Termin, den die WPA am 3. 9. 2015 bei Frau Ministerin Dr. Oberhauser wahrnehmen konnte. **Die Frau Ministerin nahm die 4000 Unterschriften gegen die geplanten AKWs rund um Österreich gerne entgegen, beteuerte jedoch, dass sie auf ausländische AKW-Neubau-Pläne nicht Einfluss nehmen könne.** Auch unsere Idee eines Zusammenschlusses der Gesundheitsressorts der atomkraftfreien Länder fand - zumindest vorläufig - nicht ihre Zustimmung.

Über die kürzlich im europäischen Parlament verhandelten Höchstwerte von radioaktiv kontaminierten Lebensmitteln wird sie sich informieren lassen. Wir hoffen auf die Herabsetzung der derzeitigen Höchstwerte.

**Liebe Frau Ministerin, wir sind unbequem und kommen wieder!**

## Atomwaffen

Bei der internationalen Konferenz „Humanitarian Pledge“ (Humanitäres Versprechen/Gelöbnis) im Dezember 2014, die die Folgen von Atomwaffen für die Menschheit thematisiert hat, waren 107 Staaten unterstützend dabei. **Der überraschende Vorstoß Österreichs fordert ein neues Konzept im Bemühen um die Abschaffung der Atomwaffen. In dieser Initiative wurden die Folgen einer Atomwaffenexplosion, durch Absicht oder durch Unfall, und auf das steigende Risiko für dieses Szenario hingewiesen.** Xanthe Hall von ICAN-Deutschland (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) meinte dazu: „Die Unterstützerländer zeigen damit ihre Bereitschaft, ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen voranzutreiben, wenn nötig auch ohne die neun Atomwaffenstaaten.“ **Eine wesentliche Aufgabe**

**wird es sein, noch mehr Länder ins Boot zu holen,** da neben den Atomwaffenstaaten weitere wichtige Länder auf Grund ihrer Bündnisverpflichtungen (z.B. alle NATO-Staaten) eine Unterstützung ausschließen. Dadurch rückt ein Verbot in weite Ferne.

Seither ist im Mai 2015 eine mehrwöchige Überprüfungs-konferenz des Atomsperrvertrags in New York zu Ende gegangen. Amerikaner und Russen sind gerade dabei, ihr Atomwaffenarsenal umfassend zu modernisieren: Die Waffen werden noch verlässlicher und treffsicherer. Die Modernisierungsprogramme der USA, Russlands und anderer Staaten könnten die Tür für einen neuen Rüstungswettlauf öffnen und die Zahl der Staaten mit Atomwaffen weiter steigen lassen. („Stimme der Zeit“ Nr. 213 und „Die Presse“ vom 8. 6. 2015)



## Bericht aus MINSK über die Schulung „Leben mit Diabetes“



**Für Endokrinologen ist es unbestritten, dass für den Erfolg einer Diabetestherapie die Mitarbeit des Patienten notwendig ist. Ohne Fachwissen und Selbstkontrolle ist das nicht möglich.**

Die Schulungen für Schulkinder und die Eltern von Kleinkindern finden in Sanatorien statt. Den Kindern wird alles mehrmals an vielen Beispielen erklärt und in der Praxis gezeigt, bis die Kenntnisse zu Fähigkeiten werden.

Während der Schulung werden die Zuckerwerte sechsmal am Tage kontrolliert, im Notfall auch in der Nacht. Nur wenigen Kindern ist dies zu Hause möglich. Die Kinder lernen, wie man die Zucker

werte stabil hält und wie man bei regelmäßiger Zuckerkontrolle, ausgewogener Ernährung und entsprechenden körperlichen Aktivitäten die Insulindosen korrigiert.

Die Insulindosen werden direkt in der Kantine, bei den Spaziergängen, beim Sport, Spielen und Schwimmbadbesuchen besprochen und verabreicht. So lernt das Kind, mit Diabetes zu leben, die erworbenen Kenntnisse im Alltag anzuwenden und mit unvorhergesehenen Zwischenfällen fertig zu werden.

Unser Ziel ist auch die Hilfe bei der Sozialisierung diabeteskranker Kinder in der Gesellschaft, weil sie sich oft wegen ihrer Krankheit als Außenseiter fühlen. Es kommt auch oft vor, dass ein diabeteskrankes Kind in der Familie stark bevormundet wird. Bei der Schulung ist das Kind ohne solche übermäßige Fürsorge der Eltern. **Die Kinder sind immer im Blickfeld der „diabetischen Mannschaft“** – Ärztin, Krankenschwester, Pädagogin, Betreuerin. Sie alle sind selbst Diabetikerinnen und kennen die Krankheit „von innen“. Diese Betreuung, zusammen mit dem richtig geplanten Tagesablauf und der Freizeit, verhindert mögliche Notfälle.

**Für unser Projekt bekommen wir keine Hilfe vom Staat. Unsere Schulungen sind nur dank der Unterstützung der Sponsoren möglich, deswegen sind wir auf Ihre Spenden angewiesen.**

**Machen Sie dieses Projekt auch zu Ihrem Projekt, damit wieder eine Diabetikerschulung in Minsk stattfinden kann!**

Spendenkonto: PSK KNR 930 22 985, Kennwort „Leben mit Diabetes“

**Liebe Leserinnen, liebe Leser!** Sie erhalten dreimal kostenlos unsere Zeitung „Atomkraftfreie Zukunft“. Bitte nehmen Sie heute die Gelegenheit wahr und **überweisen Sie uns eine Spende**. Falls nach dreimaligem Bezug keine Spende eingeht, müssen wir aus Kostengründen die Zustellung einstellen. Tut uns leid..!

**Besuchen Sie uns auf unserer Website**

[www.atomkraftfreiezukunft.at](http://www.atomkraftfreiezukunft.at) und unterschreiben Sie die Petitionen „**Österreich durch AKW-Neubau in Paks/Ungarn bedroht!**“ und „**Keine neuen Atomreaktoren in Temelín und Dukovany!**“

Um unsere Aktivitäten auch weiter mit gutem Erfolg fortsetzen zu können, ersuchen wir unsere Leserinnen und Leser um die Überweisung des Förderbeitrags von € 15.- für das Jahr 2015.

Auch Spenden nehmen wir dankend an!

Die Vervielfältigung und der Versand dieser Zeitungsausgabe werden unterstützt von der Wiener Umwelthanwaltschaft.

Wenn Sie unseren **Newsletter** lesen wollen, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben.

Anzeige

Mit 100%  
Naturstrom  
bewegen.

AAE

WWW.AAE.AT

### Japan: Erster Atomreaktor wieder hochgefahren

Gegen heftigen Widerstand der Bevölkerung wurde genaues Datum der Atomreaktor in Sendai als erster seit Beginn der Katastrophe von Fukushima im März 2011 wieder eingeschaltet. In der erdbebengefährdeten 30-Kilometer-Zone rund um das AKW leben 220.000 Menschen. Der Vulkan Sakurajima, einer der aktivsten des Landes, liegt 50 km entfernt. Unter den Demonstranten befand sich auch Naoto Kan, Regierungschef zum Zeitpunkt der Katastrophe.

(Asahi Shinbun 10. Aug. 15 gefaxt, Shutterstock Claudio Bertoloni)

### Österreichs Atommüll – wohin damit?

Die österreichische Regierung hat bisher keine Antwort auf die Frage, wo Österreichs Atomabfall (schwach- und mittelradioaktiv), der aus Medizin und Forschung stammt, sicher endgelagert werden soll. In der aktuellen Strahlenschutzverordnung heißt es sinngemäß, dass die längerfristige Zwischenlagerung in Seibersdorf zweckmäßig sei, um die internationale Entwicklung betreffend Endlager zu beobachten und dann eine optimale Lösung für Österreich zu finden.

(Kurier, 18. 6. 2015)

### Energiewende in Frankreich: Atomstrom-Anteil soll auf 50 % sinken

Bis 2025 will Frankreichs Regierung unter Präsident F. Hollande auf Grund eines neuen Energiegesetzes die Atomstromerzeugung deutlich reduzieren. Schon 2030 sollen 40 % des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen kommen und der Energieverbrauch und die Nutzung fossiler Energieträger deutlich zurückgefahren werden. Umweltschutzorganisationen ist dieser Schritt zu Frankreichs Energiewende noch zu vage: die Abschalttermine für alte AKWs sind völlig unkonkret und an die theoretische Fertigstellung des neuen Reaktors in Flamanville geknüpft.

(n-tv, 22. 7. 2015, und Kronen-Zeitung, 24. 7. 2015)

### Psychische Probleme als Folge von Atomunfällen

Anlässlich des 70. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki erschienen im japanischen Medizinjournal „The Lancet“ drei Serien über Gesundheitsrisiken durch Atomunfälle. Am Beispiel von Tschernobyl und Fukushima konnten Wissenschaftler zeigen, dass Depressionen und posttraumatische Belastungsstörungen (auch noch 29 Jahre nach Tschernobyl) bei Betroffenen vermehrt vorkommen. Angst, Verunsicherung, chaotisch verlaufene Evakuierungsversuche und daraus resultierende soziale Probleme und unzureichende Information über Gefahren für die Gesundheit seien die Ursachen dafür.

(Kurier, 31. 7. 2015)

### Waldbrand bedroht Tschernobyl

Auch heuer gab es nahe der Sperrzone des 1986 havarierten AKW Tschernobyl im Juni einen Waldbrand auf einer Fläche von 130 ha. 200 Helfer waren im Einsatz. (Kronen-Zeitung, 1. 7. 2015)

### Alle fünf Schweizer Atommeiler waren im August kurzzeitig ausgeschaltet.

Das berichtet die Badische Zeitung am 18. 8. 2015. Und die Lichter sind nicht ausgegangen!

## Thema aktuell



Mag.<sup>a</sup>. Hanna Nekowitsch, Sprecherin der „Wiener Plattform Atomkraftfrei“

### Skandalöse Abstimmung über fragwürdige Grenzwerte

**Redaktion:** Am 9. 7. 2015 hat das EU-Parlament über Grenzwerte für verstrahlte Lebensmittel abgestimmt. Was hat es damit auf sich?

**Hanna:** Die Grenzwerte für radioaktiv belastete Lebensmittel in der EU sind sehr hoch angesetzt. Sie wurden nach dem Super-GAU in Fukushima erhöht, was insofern für uns keine große Gefahr bedeutete, als wir japanische Lebensmittel nur in sehr geringen Mengen verzehren. Im Juli hat das EU-Parlament für eine Vorlage der EU-Kommission gestimmt, die die Grenzwerte auf diesem hohen Niveau hält. **Damit wird sichergestellt, dass hoch verstrahlte Lebensmittel weiterhin verkauft werden dürfen auf Kosten der Gesundheit der Menschen, wohl aber zum Vorteil der Nahrungsindustrie.** Der nächste Atomkraftunfall kann aber auch in Europa passieren, dann würden diese Grenzwerte dazu führen, dass wir bereits nach 3 Monaten eine Dosis von 3,88 mSv erreichen. Insgesamt sollte 1 mSv pro Jahr nicht überschritten werden. Diese Grenzwerte sind also unverantwortlich hoch!

**Red.:** Wie haben denn die österreichischen EU-Abgeordneten abgestimmt?

**H.:** Die EU-Abgeordneten der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ haben für die Vorlage der EU-Kommission, d.h. für die zu hohen Grenzwerte, gestimmt!

**Red.:** Worauf stützt sich diese Entscheidung?

**H.:** Das ist der nächste Skandal! Sie stützt sich auf die Einschätzung von 31 Experten, die nicht namentlich genannt werden wollen! Das bedeutet, dass man auch nicht nachfragen kann, was sie sich dabei gedacht haben, weil man nicht weiß, wer sie sind!

**Red.:** Kann man jetzt noch etwas tun?

**H.:** Theoretisch ja. Ende dieses Jahres wird im EU-Rat darüber abgestimmt. Wir fordern daher, dass sich Bundeskanzler Faymann als Regierungschef eines AKW-freien Land im Sinne eines vorsorgenden Strahlenschutzes für eine Absenkung der Höchstwerte in der EU einsetzt, und zwar auf ein gesundheitlich weniger bedenkliches Niveau!